

SG_VERSICHERUNGSGERICHT AVI 2012/33 vom 26. März 2012

Sg Versicherungsgericht, 2012-03-26, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/sg_publicationen_AVI_2012_33

FR: SG_VERSICHERUNGSGERICHT AVI 2012/33 du 26 mars 2012

IT: SG_VERSICHERUNGSGERICHT AVI 2012/33 del 26 marzo 2012

Regeste

Art. 35 Abs. 1bis AVIG, Art. 57a Abs. 1 AVIV. Verkürzung der allgemeinen Bezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigung. Anrechnung von während der befristeten Geltungsdauer des Stabilisierungsgesetzes eingetretenen Abrechnungsperioden mit mehr als 85% Arbeitsausfall nach Ende des Stabilisierungsgesetzes bejaht (Entscheid des Versicherungsgerichts des Kantons St. Gallen vom 13. Dezember 2012, AVI 2012/33).Präsidentin Lisbeth Mattle Frei, Versicherungsrichterin Marie Löhner, a.o. Versicherungsrichter Christian Zingg; Gerichtsschreiberin Jeannine BodmerEntscheid vom 13. Dezember 2012in SachenA. ____, Beschwerdeführerin,gegenKantonale Arbeitslosenkasse, Davidstrasse 21, 9001 St. Gallen,Beschwerdegegnerin,betreffendKurzarbeitsentschädigung (Höchstbezugsdauer)Sachverhalt:

Erwägungen

E. 1.1

Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung besteht, wenn der Arbeitsausfall anrechenbar sowie voraussichtlich vorübergehend ist und erwartet werden darf, dass durch Kurzarbeit die Arbeitsplätze erhalten werden können (Art. 31 Abs. 1 lit. b und d des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung [AVIG; SR 837.0). Ein Arbeitsausfall ist u.a. anrechenbar, wenn er auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen und unvermeidbar ist (Art. 32 Abs. 1 lit. a AVIG).

E. 1.2

Gemäss Art. 35 Abs. 1 AVIG wird die Kurzarbeitsentschädigung innerhalb von zwei Jahren während höchstens zwölf Abrechnungsperioden ausgerichtet. Diese Frist gilt für den Betrieb und beginnt mit dem ersten Tag der ersten Abrechnungsperiode, für die Kurzarbeitsentschädigung ausgerichtet wird. Die gesetzliche Regelung kennt zwei Ausnahmen von der allgemeinen Höchstdauer, die beide entgegengesetzte Ziele verfolgen. Im einen Fall wird die allgemeine Bezugsdauer verkürzt, im anderen Fall verlängert. Laut Art. 35 Abs. 1 bis AVIG darf der Arbeitsausfall während längstens vier Abrechnungsperioden 85% der normalen betrieblichen Arbeitszeit überschreiten. Überschreitet der Arbeitsausfall innerhalb der Rahmenfrist während mehr als vier zusammenhängenden oder einzelnen Abrechnungsperioden 85% der normalen betrieblichen Arbeitszeit, besteht nur für die vier ersten Abrechnungsperioden ein Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung (Art. 57a Abs. 1 der Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung [AVIV; SR 837.02]). Demgegenüber kann der Bundesrat gestützt auf seine Kompetenz nach Art. 35 Abs. 2

AVIG bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit die Höchstdauer der Leistungen allgemein oder für einzelne besonders hart betroffene Regionen oder Wirtschaftszweige um höchstens sechs Abrechnungsperioden verlängern (vgl. auch Thomas Nussbaumer, Arbeitslosenversicherung, in: Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht [SBVR], Bd. Soziale Sicherheit, 2. Aufl. Basel 2007, Rz 500ff.). Der Zweck von Art. 35 Abs. 1 bis AVIG liegt in der Verhinderung von Strukturerehaltung. Kurzarbeit soll dann angewendet werden, wenn gute Prognosen auf Wiedererholung des Betriebs bestehen. Sie soll jedoch nicht "eine Art Sterbehilfe" sein. Der Grund, weshalb ein Prozentsatz von 85% und nicht von 100% eingeführt wurde, liegt in der Verhütung von Missbräuchen. Würde das Gesetz auf 100% abstellen, wäre es leicht, dieses zu umgehen. Eine Arbeitsstunde pro Betrieb und Monat würden diesfalls genügen, um die Vier-Monats-Sperre unwirksam zu machen. Daher verankerte der Gesetzgeber hier die 85%-Grenze (vgl. AmtlBull StR 1994 S. 314 [Votum BE Beerli]).

E. 1.3

Am 1. Januar 2010 trat das Bundesgesetz über befristete konjunkturelle Stabilisierungsmassnahmen in den Bereichen des Arbeitsmarkts, der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie der Kaufkraft in Kraft (StabG; AS 2009 5043). Es war befristet bis 31. Dezember 2011 und suspendierte die Regelungen nach Art. 35 Abs. 1 bis AVIG und Art. 35 Abs. 2 AVIG für die Zeit seiner Geltungsdauer (Art. 7 StabG). Gemäss Art. 7 StabG wurde Art. 35 Abs. 2 AVIG für die befristete Dauer zudem dahingehend geändert, dass der Bundesrat die Kompetenz erhielt, die Höchstdauer der Leistungen gemäss Abs. 1 der Bestimmung um höchstens zwölf Abrechnungsperioden zu erhöhen. Dies tat er durch Art. 57b AVIV anlässlich der Änderung vom 5. März 2010 (AS 2010 887), wodurch die Höchstdauer der Kurzarbeitsentschädigung um zwölf Abrechnungsperioden verlängert wurde.

E. 2.1

Die Beschwerdeführerin macht geltend, nachdem auf Grund des befristeten Stabilisierungsprogramms die Bestimmung von Art. 57a AVIV bis zum 31. Dezember 2011 nicht angewendet werden dürfe, seien auch allfällig bis dahin bereits bezogene Abrechnungsperioden mit einem Ausfall von mehr als 85% ab dem 1. Januar 2012 nicht zu berücksichtigen (act. G 1).

E. 2.2

Dieser Argumentation kann nicht gefolgt werden. Das StabG sah lediglich eine Suspendierung von Art. 35 Abs. 1 bis AVIG vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2011 vor. Danach trat die Bestimmung wieder ohne weitere Einschränkungen in Kraft. Eine Nichtbeachtung von bereits erfolgten Abrechnungsperioden mit Arbeitsausfällen von mehr als 85% wurde gesetzlich nicht festgehalten. Sinn und Zweck des Stabilisierungsprogramms war es, auf Grund der eingetretenen Rezession befristete Massnahmen zur Vermeidung zusätzlicher Arbeitslosigkeit, zur Vermeidung und Eindämmung von prozyklischen Entschieden sowie zur Fortsetzung der Wachstumspolitik und Promotion des Wirtschaftsstandortes zu ergreifen. In der Botschaft vom 10. August 2009 hielt der Bundesrat explizit fest, es sei vorgesehen, Art. 35 Abs. 1 bis AVIG für die Geltungsdauer des Gesetzes nicht anzuwenden. In dieser Zeit dürfe der Arbeitsausfall auch länger als vier Abrechnungsperioden 85% der normalen betrieblichen Arbeitszeit überschreiten (vgl. Botschaft AS 2009 5735ff., 5743). Da demgegenüber für die Zeit danach keine

Spezialbestimmung bzw. keine Suspendierung mehr gilt, sind auch die während der Geltungsdauer des StabG eingetretenen Arbeitsausfälle von über 85% vollständig anzurechnen.

E. 2.3

Im gleichen Sinn wies das Seco in seiner Mitteilung vom Juli 2010 darauf hin, dass mit dem Wegfall der verlängerten Höchstbezugsdauer am 31. Dezember 2011 wieder die alte Regelung, also eine Höchstbezugsdauer von 12 Monaten gelte. Unternehmen, die am 31. Dezember 2011 während 12 oder mehr Abrechnungsperioden Kurzarbeitsentschädigung bezogen hätten, verlören (damit) ihren Anspruch auf weitere Kurzarbeitsentschädigung (035-AVIG-Praxis 2010/26). Diese Verwaltungsbestimmung ist in Anlehnung an obige Ausführungen gesetzmässig. Auch hier kann nicht ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung gesagt werden, dass bereits ausgerichtete Kurzarbeitsentschädigungen während 12 und mehr Abrechnungsperioden während der Dauer des Stabilisierungsprogramms als nicht erfolgt zu betrachten und damit nicht zu zählen wären. Vielmehr sind die bereits geleisteten Zahlungen im Rahmen der ab dem 1. Januar 2012 wieder auflebenden Bestimmungen zu berücksichtigen. Eine Gleichbehandlung der Abs. 1 bis und 2 von Art. 35 AVIG ist damit gewährleistet.

E. 3

Weiter argumentiert die Beschwerdeführerin, dass ihr Antrag vom 9. Februar am 10. Februar ohne Einschränkung bewilligt worden sei. Hier sei die Informationspflicht verletzt worden. Im Bewilligungsschreiben habe jeder Hinweis gefehlt, dass ab Ende Februar die vierte Abrechnungsperiode überschritten werde (act. G 1). Zwar wird in den den Akten beiliegenden Formularen und Unterlagen tatsächlich nicht auf den höchstens während vier Abrechnungsperioden zulässigen Arbeitsausfall von mehr als 85% hingewiesen; gemäss der Broschüre des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) zur Information für Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen bezüglich Kurzarbeitsentschädigung (Ausgabe 2011; Info-Service Arbeitslosenversicherung), welche auch im Internet abrufbar ist (vgl. <http://www.treffpunkt-arbeit.ch/publikationen/broschueren/>, S. 13, abgerufen am 22. November 2012) wird darüber aber kurz und klar informiert. Mit diesem Hinweis in der Informationsbroschüre hat die Verwaltung ihre gesetzliche Aufklärungs- und Beratungspflicht (vgl. Art. 27 Abs. 1 und 2 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts [ATSG; SR 830.1]) erfüllt.

E. 4

Nach dem Gesagten ist die Beschwerde abzuweisen. Gerichtskosten sind keine zu erheben (Art. 61 lit. a ATSG) Demgemäss hat das Versicherungsgericht im Zirkulationsverfahren gemäss Art. 39 VRP entschieden 1. Die Beschwerde wird abgewiesen. 2. Es werden keine Gerichtskosten erhoben.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.